

SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN, LIEBE LESERINNEN UND LESER,

im Rahmen unseres Winter-Newsletters möchten wir Ihnen noch alles Gute für das neue Jahr 2020 wünschen.

Derzeit scheint es so, als sei sich die Regierungskoalition in vielen Punkten entweder uneinig, vorallem bei Themen, die sie neuregeln will, oder als halte sie brisante Daten vor den Oppositionsparteien zurück. Endlich haben wir nach acht Monaten eine Antwort auf unsere Kleine Anfragen „Befristet beschäftigte Lehrkräfte an hessischen Schulen“, „Ganztägig arbeitende Schulen in Hessen zum Schuljahr 2019/2020“ und „Schulstatistik zu Forschungszwecken“ bekommen. Weitere Anfragen, die wir in den Sommerferien eingebracht haben, sind bis heute unbeantwortet.

Laut Geschäftsordnung des Landtags hat das Ministerium sechs Wochen für die Beantwortung Zeit – und eben nicht acht Monate. Es ist wenig demokratisch, wenn Anfragen so lange unbeantwortet bleiben. Für uns ist es einfach wichtig unsere Initiativen an den aktuellen Sachstand, den wir abfragen, anzupassen und somit lösungsorientiert zu arbeiten. Dies ist nur dann möglich, wenn die Landesregierung uns Informationen liefert.

An hessischen Schulen, besonders an Grundschulen, herrscht ein massiver Lehrermangel, den wir im Dezemberplenium zum Schwerpunkt gemacht haben. Auch die Lehrkräftebildungsmodernisierung war wieder ein Thema. Wir haben uns dafür stark gemacht, dass Weiterbildungsangebote umsatzsteuerbefreit bleiben und wollen eine zügige Entscheidung bezüglich der Fortführung des Weiterbildungs Pakts. Außerdem möchten wir Ihnen in dieser Ausgabe des Newsletter Bildung auch die anderen Initiativen vorstellen, die wir im letzten Kulturpolitischen Ausschuss und in der Plenardebatte beraten haben. Unser Antrag zur Einführung eines Stipendienprogramms für das Studium von Mangelfächern und Mangelfachrichtungen wurde leider gerade von CDU und Grüne abgelehnt.

Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Christoph Degen, MdL



Christoph Degen
Arbeitskreisvorsitzender;
Main-Kinzig-Kreis

Karin Hartmann
Vorsitzende des Kultur
politischen Ausschusses;
Kreis Bergstraße



Turgut Yüksel
Integrationspolitischer
Sprecher; Frankfurt



Kerstin Geis
stv. Arbeitskreisvorsitzende;
Kreis Groß-Gerau



Manuela Strube
Landkreis Kassel



KLICKEN SIE AUF DIE FOTOS, UM
AUF DIE WEBSITE DER/DES
ABGEORDNETEN ZU GELANGEN.

Inhaltsübersicht

**LEHRKRÄFTEBILDUNG/
HAUSHALT**

2

HESENSTIPENDIUM

**LEHRKRÄFTEMANGEL/
WEITERBILDUNG/
UMWELTBILDUNG**

3

**BEFRISTUNG/
GANZTAGSSCHULEN/
SCHULSTATISTIK**

4

**KRANKHEITSTAGE/
KULTURPOLITISCHER AUSSCHUSS**

5

Alevitische Gemeinde
Rechtschreib-Anarchie

INTERVIEW

6

UNTERRICHTSAUSFALL

7

PARLAMENTARISCHE INITIATIVEN

8

**WEITERBILDUNG/
IM GESPRÄCH**

9

Lehrkräftebildung

Seit Jahren warten wir in Hessen auf eine Reform der Lehrkräftebildung. Seit 2009 liegen Vorschläge einer hochkarätig besetzten und von der damaligen Landesregierung eingesetzten Arbeitsgruppe auf dem Tisch. Seither tut sich nichts. Keine Vorschläge, keine Ideen – Stillstand. Am 11.12.2019 wurde unser Gesetzentwurf zur Modernisierung der Lehrkräftebildung im Plenum in dritter Lesung abgelehnt und das obwohl unser Vorschlag, das Praxissemester auf einen späteren Zeitpunkt zu verlegen, im Evaluationsbericht so bestätigt wurde.

[Video](#) zur Rede von Christoph Degen zum Gesetzentwurf (02:28)

Unser [Gesetz](#) zur Modernisierung der Lehrkräftebildung

HESENSTIPENDIUM

Wir fordern ein HESSENSTIPENDIUM, um einen Anreiz für das Lehramtsstudium zu setzen und dem Dauer-Lehrermangel, insbesondere in den Mangelfächern, endlich nachhaltig entgegenzuwirken. Leider wurde unser Vorschlag von CDU und Grünen in der jüngsten Sitzung des Ausschuss für Wissenschaft und Kunst abgelehnt.

[Video](#) zur Rede von Christoph Degen zum HESSENSTIPENDIUM (00:40)

Unser [Antrag](#) zum HESSENSTIPENDIUM

Haushalt-Einzelplan 04

LANDESREGIERUNG MUSS MEHR IN BILDUNGSGERECHTIGKEIT INVESTIEREN

Im Oktober hat die Landesregierung den Haushaltsentwurf für 2020 eingebracht. Im Vergleich zu anderen Bundesländern wird aus unserer Sicht zu wenig in Klimaschutz, Innere Sicherheit, Bildung und Digitales investiert. Wir fordern daher, dass unter anderem mehr finanzielle Mittel für den Wohnungsbau sowie die Bildungsgerechtigkeit bereitgestellt werden. Im Januar haben wir unsere eigenen Haushaltsänderungsanträge eingebracht.

Unsere [Pressemitteilung](#) von Marius Weiß zum Haushalt

Unsere Änderungsanträge zum Einzelplan 04 (Kultus)

- [Schulsozialarbeit](#)
- [Schulbauinvestitionen](#)
- [A13 für Grundschullehrkräfte](#)
- [Studienplätze Grundschullehramt](#)
- [Kita- und Schulfördervereine](#)
- [Herkunftssprachlicher Unterricht](#)
- [Studienplätze Förderschullehramt](#)
- [Index für Ressourcenzuweisung](#)
- [Fortbildungspauschale](#)
- [Weiterqualifizierung](#)

Lehrkräftemangel

BESSERE BEDINGUNGEN FÜR DEN QUEREINSTIEG SCHAFFEN

Im Rahmen der ARD-Themenwoche „Zukunft Bildung“ hat der Hessische Rundfunk über Lehrermangel und Quereinstieg berichtet. In dem Bericht wurde deutlich, wie groß das Problem des Lehrermangels ist. Zum einen wird zu stark auf Quereinsteiger gesetzt, allerdings ohne sie vorher ausreichend auf ihre Lehrtätigkeit vorzubereiten. Eine Umfrage der GEW an Offenbacher Grundschulen zeigt, dass zum Beispiel ein Bekleidungstechniker und eine Friseurin an den befragten Grundschulen unterrichten. Aus der Umfrage wird auch deutlich, dass sich das TH-V Personal oft sehr engagiert, aber trotzdem eine Mehrbelastung der ausgebildeten Lehrkräfte vorhanden ist. Wir haben das Thema im Dezemberplenium zu unserem Setzpunkt gemacht.

Das sagt die Koalition über Quereinsteiger, die vom Land nur befristet und für maximal fünf Jahre an Schulen beschäftigt sind und unterrichten:

Armin Schwarz, bildungspolitischer Sprecher der CDU „Die allermeisten von denen [er meint: Quereinsteiger] sind logischerweise nebenher beschäftigt. Sie haben nämlich eine andere Berufsausbildung. (...). Sie üben eine klassische Nebenbeschäftigung aus, (...).“

Wir fordern, dass der qualifizierte Quereinstieg ausgebaut statt gekürzt wird. Dafür bedarf es besserer Rahmenbedingungen, besonders für den Quereinstieg ins Grundschul-lehramt. Dafür ist unter anderem die Erhöhung der Besoldung auf A13 bzw. E13 notwendig. Schon in 2017 haben wir einen Antrag mit Verbesserungsmaßnahmen gestellt.

Unser [Antrag](#) zum Lehrermangel

[Video](#) zur Rede von Christoph Degen (00:42)

[Bericht](#) und [Dossier](#) des Hessischen Rundfunks

Weiterbildung

WEITERBILDUNGSANGEBOTE BLEIBEN STEUERBEFREIT

Wir haben uns dafür eingesetzt, dass im Umsatzsteuergesetz Bildungsleistungen, die von Volkshochschulen, Berufsverbänden oder gemeinnützigen Organisationen erbracht werden, weiter von der Umsatzsteuer befreit sind. Außerdem fordern wir, dass die Landesregierung entscheidet, wie der Weiterbildungspakt, der 2020 ausläuft, weitergeführt wird.

Der Kultusminister gab im Kulturpolitischen Ausschuss an, dass der Weiterbildungspakt mit einer Laufzeit von 2021 bis 2023 inhaltlich weitergeführt werden soll.

Unser [Dringlicher Berichtsantrag](#) zum Thema Weiterbildung

Umweltbildung

UMWELTBILDUNG AN SCHULEN AUSBAUEN

In der letzten Plenarsitzung im alten Jahr stand unser Antrag zum Thema Umweltbildung auf der Tagesordnung. Christoph Degen weist in seiner Rede auf eine Aussage des Kultusministers hin. Der Kultusminister äußerte sich in einem Interview mit „Der Zeit“ im Juli so: „Aber nun haben die Schüler ihr Ziel erreicht. Der Klimaschutz hat auf der politischen Bedeutungsskala einen Riesensatz nach oben gemacht und ist als zentrales Thema in Politik und Medien angekommen. Jetzt noch weiter der Schule fernzubleiben bringt nichts.“ In den letzten Jahren ist vor allem im Bereich der Umweltbildung, von einzelnen Gütesiegeln abgesehen, in der Fläche wenig passiert. Auch deshalb muss man Bewegungen wie „Fridays for Future“ weiterhin

ernstnehmen. Umweltministerin Hinz äußerte sich in der Wetzlarer Neuen Zeitung kürzlich so: „Was wir brauchen ist eine dauerhafte strukturelle Verankerung der Bildung für nachhaltige Entwicklung an den Schulen, in der Aus- und Weiterbildung sowie im außerschulischen und Freizeitlernen“. Wir nehmen sie beim Wort. Wir fordern ein Curriculum zum Thema Umweltbildung, wie es schon seit 1997 im Hessischen Schulgesetz vorgesehen ist.

[Video](#) zur Rede von Christoph Degen (00:18)

Unser [Antrag](#) zum Thema Umweltbildung

Befristungen

ZAHL AN BEFRISTET BESCHÄFTIGTEN LEHRKRÄFTEN STEIGT WEITER

Das Kultusministerium hat endlich unsere Kleine Anfrage zu befristet beschäftigten Lehrkräften an hessischen Schulen beantwortet – nach acht Monaten. Das Ausmaß an Befristungen ist erschreckend. Im Primarbereich ist die Situation besonders gravierend. 1633 von den 5433 befristet beschäftigten Lehrkräften waren in 2018 an Grundschulen beschäftigt. Christoph Degen äußerte sich dazu wie folgt: „Jede zehnte Lehrkraft nicht fest anzustellen, ist angesichts des Lehrermangels entweder fahrlässig oder aber diese Lehrkräfte haben keine ausreichende Qualifikation. Nach Aussage des Kultusministeriums stieg die Zahl der befristeten Beschäftigungen insgesamt über alle Schulformen hinweg um über 500 im Zeitraum von 2016 bis 2018. Immer mehr befristete Arbeitsverhältnisse sind sozialpolitisch grundfalsch und ein Armutszeugnis für Schwarzgrün.“ Vermutlich sind die Zahlen in 2019 gestiegen. Trotz der langen Bearbeitungsfrist, wurde diese Zahl in der

Antwort nicht mitgeliefert. Laut Christoph Degen sei der Grund hierfür die Qualifikation der Lehrkräfte. „Menschen durch immer nur auf fünf Jahre befristete Kettenverträgen auszunutzen, sie dabei nicht weiter zu qualifizieren und sie dann auf die Straße zu setzen, weil man Angst hat, sie könnten sich einklagen, und gleich die nächsten Laienlehrer von der Straße zu holen, ist nicht in Ordnung“, so Degen. Wir fordern, ein Qualifizierungsprogramm, um den Lehrkräften zu ermöglichen guten Unterricht zu geben und eine Lehrbefähigung zu erwerben, sodass sie eine langfristige Perspektive im Schuldienst erhalten.

Unsere [Kleine Anfrage](#) zum Thema befristet beschäftigte Lehrkräfte

Unsere [Pressemitteilung](#) zum Thema befristet beschäftigte Lehrkräfte

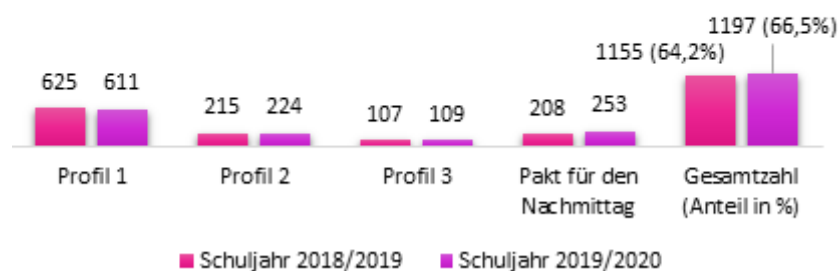
Ganztagschulen

AUSBAU DER GANZTAGSSCHULEN STAGNIERT

Zum Schuljahr 2019/2020 hat sich die Zahl an echten Ganztagschulen nur um zwei auf 109 erhöht. Nur zwölf davon sind Grundschulen. Insgesamt sind nur 1197 von rund 1800 hessischen Schulen in einem der Profile. Außerdem ist die Anzahl an Schülern, die tatsächlich am Pakt für den Nachmittag teilnehmen mit einer Zahl von 35.336 gering. Insgesamt ist das Ausbautempo der Ganztagsbetreuung zu langsam und muss dringend erhöht werden.

Unsere [Kleine Anfrage](#) zum Thema Ganztagschulen

Profilübersicht der rund 1800 öffentlichen Schulen in Hessen in den Schuljahren 2018/2019 und 2019/2020



Schulstatistik

SCHULSTATISTIK MUSS NUTZEN

Schon seit mehreren Jahren ist die Schulstatistik in Hessen auf Individualdaten umgestellt. Dem hessischen Kultusministerium ist es dadurch möglich die Schulentwicklung zu beurteilen und die Daten zu Forschungszwecken zu nutzen. Dieses Datenmaterial wird weder der Öffentlichkeit in einem angemessenen Ausmaß bereitgestellt noch umfangreich genug für politische Entscheidungen genutzt. Es besteht eine große Kluft zwischen den durch das Hessische Statistische Landesamt bereitgestellten und den tatsächlich erfassten Daten. In der Antwort auf unsere Frage stellt das Kultusministerium klar, dass sei die zu

Verfügung gestellten Daten für umfangreich halten und keine Notwendigkeit sehen eine ergänzende Veröffentlichung durchzuführen. Wir halten es außerdem für sinnvoll die Daten der Schulstatistik mit denen der Schuleingangsuntersuchungen und den jährlichen Schülerleistungsuntersuchungen auf eine datenschutzrechtlich sichere Weise zu verknüpfen und für Forschungszwecke zu nutzen.

Unsere [Kleine Anfrage](#) zum Thema Schulstatistik

Krankheitstage

Frage des Abgeordneten Degen:

Wie viele Krankheitstage fielen bei hessischen Lehrkräften im vergangenen Jahr oder Schuljahr an?

Antwort der Landesregierung:

Herr Abg. Degen, diese Frage stellen Sie ja nicht zum ersten Mal. Wir wissen alle, dass Sie im letzten Jahr glaubten, damit einen potenziellen Wahlkampfschlager entdeckt zu haben. Deswegen setzen Sie das natürlich in der neuen Legislaturperiode fort. Ich habe Ihnen dazu bereits in der letzten Legislaturperiode die mündliche Frage 933 ausführlich beantwortet. Wir haben mit Datum vom 27. März 2018 mit der Ausschussvorlage KPA 19/55 einen ausführlichen Bericht an den Kulturpolitischen Ausschuss gegeben, und wir haben es schließlich auch in unserer letzten Plenardebatte am 25. September dieses Jahres zumindest am Rande thematisiert. Ich darf auf alle meine diesbezüglichen Ausführungen verweisen, bin aber auch gern bereit, sie noch einmal zu wiederholen.

Nachfrage des Abgeordneten Degen:

Herr Kultusminister, die von Ihnen genannten Antworten sind bekannt. Sie beziehen sich auf die Vergangenheit. Ich sage aber, dass ich die Hoffnung nicht aufgebe, dass Sie von Ihrer Weigerung Abstand nehmen und künftig solche Krankheitstage erheben. Deshalb noch einmal die Frage, ob Sie zumindest in der



Zukunft beabsichtigen, sich solche Daten, die von den Schulen gesammelt werden, die in Ordnern abgeheftet werden, zentral anzuschauen.

Antwort der Landesregierung:

Herr Abg. Degen, ich bin zunächst dankbar, dass Sie selbst feststellen, dass die Daten erhoben werden. Sie werden den Staatlichen Schulämtern gemeldet. Sie sind auch dort archiviert. Was bislang fehlt, ist eine zentrale elektronische Erfassung und Auswertung. Aber diesbezüglich besteht keine Weigerung vonseiten des Kultusministeriums, sondern daran arbeiten wir.

Nachfrage des Abgeordneten Degen:

Herr Kultusminister, ich freue mich, dass Sie daran arbeiten. Können Sie mitteilen, wann Sie ungefähr damit rechnen, eine entsprechende Lösung auch dem Parlament mitteilen und damit diesem gegenüber transparent machen zu können?

Antwort der Landesregierung:

Herr Abg. Degen, machen Sie sich keine Hoffnungen. Im nächsten Landtagswahlkampf werden Sie das Thema nicht mehr zur Verfügung haben.

Kulturpolitischer Ausschuss

ANTRAG FÜR EINEN STAATSVERTRAG MIT DER ALEVITISCHEN GEMEINDE E.V.

Am 27.11.19 wurde unser Antrag für einen Staatsvertrag mit der Alevitischen Gemeinde e.V im Kulturpolitischen Ausschuss abgelehnt. Es sei rechtlich nicht notwendig. Unser Religionspolitischer Sprecher Frank-Tilo Becher begründete unseren Antrag im Ausschuss: „Staatsverträge mit Religionsgemeinschaften sind eine Chance, die Integration voranzubringen und Aspekte der praktischen Religionsausübung, Fragen der Wertegrundlagen der grundgesetzlichen Ordnung sowie das Bekenntnis zum staatlichen Schulwesen vertraglich festzuhalten. Das liegt im beiderseitigen Interesse.“ Wir werden uns weiterhin für vertragliche Regelungen zwischen Religionsgemeinschaften und dem Land einsetzen.

Unser [Antrag](#) zu einem Staatsvertrag mit der Alevitischen Gemeinde

Unsere [Pressemitteilung](#) zum Staatsvertrag mit der Alevitischen Gemeinde

ANTRAG RECHTSCHREIB-ANARCHIE

In seiner Regierungserklärung vom 06.02.2019 sagte Ministerpräsident Bouffier: „Wir setzen zudem auf eine sinnvolle und konsequente Anwendung des Rechtschreibens von Anfang an. Deshalb schaffen wir „Schreiben nach Gehör“ ab“. Tatsächlich wird „Schreiben nach Gehör“ laut Kultusminister Lorz überhaupt nicht angewendet. Uns wundert es doch sehr, dass der Ministerpräsident etwas abschaffen möchte, das laut seinem Kultusminister nicht existiert.

Unser [Antrag](#) zur Rechtschreib-Anarchie

Interview

...MIT TURGUT YÜKSEL, MITGLIED DES ARBEITSKREISES KULTUR

1. Warum bist Du Landtagsabgeordneter geworden? Was gefällt dir an der Arbeit im Wahlkreis und in Wiesbaden besonders?

Ich setze mich seit 40 Jahren in Frankfurt ehrenamtlich in Vereinen und Initiativen dafür ein, dass das Zusammenleben in Frankfurt noch besser wird, als es ohnehin bereits ist. Als Abgeordneter kann ich die Interessen der Frankfurterinnen und Frankfurter noch besser als im Ehrenamt vertreten und mich für eine gerechte Gesellschaft stark machen.

In meinem Wahlkreis ist die ganze Vielfalt der Stadt versammelt. Der Wunsch nach sozialem Frieden und einer lebenswerten Stadt eint alle Frankfurterinnen und Frankfurter. Die Politik darf den Menschen aber nicht vorschreiben, wie sie ihre Leben gestalten. Stattdessen muss sie dafür sorgen, die Lebensverhältnisse der Menschen zu verbessern.

In Wiesbaden im kulturpolitischen Ausschuss kann ich mitwirken, die Bildungspolitik als zentrales Politikfeld der Landespolitik zu gestalten. Zu oft hat Politik dabei versagt, Kindern die besten Startchancen für ihre Leben zu geben.

2. Welchen Themenschwerpunkten wirst du dich in dieser Legislaturperiode besonders widmen?

Als integrationspolitischer Sprecher meiner Fraktion bin ich für ein Querschnittsthema der erste Ansprechpartner, dass alle Politikbereiche miteinander verbindet. Einwanderinnen und Einwanderer in Hessen müssen die Werte des Grundgesetzes, die hinter grundsätzlichen Freiheiten wie Religionsfreiheit, Meinungsfreiheit oder der Gleichheit der Geschlechter stehen, achten. Sie haben es aber auch verdient, dass die hessische Politik die Voraussetzungen dafür schafft, dass sie im gesellschaftlichen Zusammenleben etwa auf dem Arbeitsmarkt oder dem Wohnungsmarkt nicht ausgegrenzt werden.

Im Arbeitskreis Kultus der SPD-Fraktion kümmere mich daher natürlich auch um Themen, die die schulische Integration von Migrantinnen und Migranten betreffen. Antisemitismus, Rassismus und Ausgrenzung dürfen dabei in einer respektvollen Schulgemeinde keinen Platz finden.

Eine besondere Funktion hat hier die politische Bildung. In der Schule hat der Staat den Auftrag, Schülerinnen und Schülern die Werte des Grundgesetzes zu vermitteln und sie zu guten Demokratinnen und Demokraten zu erziehen.

3. Du hast als Bildungsreferent des Frankfurter Jugendringes u.a. an interkulturellen Fragen, der Beratung von Migrantenvereinen, Projekten, Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit gearbeitet und bist jetzt im Arbeitskreis Kultus auch für Integration zuständig. Inwieweit „profitierst“ du als Abgeordneter von deinen persönli-

chen und beruflichen Erfahrungen?

Meine eigene Biografie spielt natürlich immer in meine politischen Entscheidungen hinein. Ich habe selbst vom Versprechen der SPD profitiert, allen Kindern und Jugendlichen den Aufstieg durch Bildung zu ermöglichen. Diesen hohen Anspruch gilt es zu verteidigen. Leider tut die heutige schwarzgrüne Landesregierung dafür wenig. In meiner Zeit in der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung und beim Frankfurter Jugendring habe ich gelernt, wie wichtig die Vernetzung mit Verbänden, Berufsgruppen und Interessenvereinen ist. Davon profitiere ich heute in

Turgut Yüksel



1956 in Pülümür in der Türkei geboren
Verheiratet, 2 Kinder

Studium der Soziologie, Volkswirtschaftslehre und Politologie an der Johann Wolfgang Goethe Universität Frankfurt. Abschluss als Diplom-Soziologe
1979-1988 pädagogischer Mitarbeiter im Jugendamt der Stadt Offenbach, danach bis 2014 Referent im Frankfurter Jugendring

1993 bis 1997 Mitglied der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in Frankfurt
1997 bis 2014 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Frankfurt
2009 bis 2018 Vorsitzender der AG Migration und Vielfalt der SPD Hessen-Süd
von 1989 bis 1997 und seit 2015 Mitglied im Vorstand der SPD Frankfurt
Seit 2009 Mitglied im Bezirksvorstand der SPD Hessen-Süd
2010 bis 2014 Mitglied der Deutschen Islamkonferenz
2008 und seit 2014 Mitglied des Hessischen Landtages

der praktischen Arbeit als Abgeordneter enorm.

4. Du bist auch Mitglied im Unterausschuss für Heimatvertriebene, Spätaussiedler, Flüchtlinge und Wiedergutmachung. Welche Schnittmengen ergeben sich daraus für deine Arbeit im Kulturpolitischen Ausschuss?

Gerade Flüchtlinge sind eine besonders interessante Personengruppe in der schulischen Integration. Nach Hessen kommen häufig neugierige junge Menschen mit Fluchterfahrungen. Es ist wichtig, ihnen zielgenau angepasste Programme zu geben, damit sie mit ihren völlig unterschiedlichen Fähigkeiten ihren Platz im deutschen Bildungssystem finden. Hier im hessischen Schulsystem wird so auf der Grundlage der Normen und Werte des Grundgesetzes dafür gesorgt, dass Bürgerinnen und Bürger gebildet werden, die gleichberechtigt sind, sich im Land wohlfühlen können und ihre Lebenschancen verwirklichen wollen.

5. Allgemein gefragt: Wo siehst du den größten Handlungsbedarf in der hessischen Bildungspolitik?

Hauptaufgabe hessischer Bildungspolitik ist es heute, das selektive Schulsystem grundsätzlich zu reformieren, um allen unabhängig von ihrer Herkunft gerechte Bildung zukommen zu lassen. Dabei dürfen wir insbesondere beim Ausbau von Ganztagsangeboten nicht weiter hinter andere Bundesländer zurückzufallen. Für eine zunehmend heterogene Schülerschaft eignen sich pädagogisch anspruchsvolle Angebote des Ganztags heute am besten. Neben dieser strukturellen Frage muss Hessen seinen gravierenden Lehrermangel in den Griff bekommen. Gerade an Frankfurter Grundschulen treten hier besonders heftige Unterrichtsausfälle auf.

6. Dein Motto?

„Der Aufstieg durch Bildung muss allen möglich sein.“

Unterrichtsausfall

Frage des Abgeordneten Degen

In welchem Umfang fiel an hessischen Schulen im vergangenen Jahr Unterricht aus?

Antwort der Landesregierung:

Herr Abg. Degen, auch diese Frage stellen Sie ja nicht zum ersten Mal. Wir alle wissen, dass Sie im letzten Jahr glaubten, damit einen potenziellen Wahlkampfschlager entdeckt zu haben. Deswegen setzen Sie das natürlich in der neuen Legislaturperiode fort. Wir konnten das in der letzten Plenardebatte am 25. September dieses Jahres ausführlich erleben. Da haben Sie dieses Thema zum Setzpunkt gemacht. Ich habe damals in der Debatte alles Notwendige dazu gesagt. Deswegen darf ich Sie auf meine Ausführungen in dieser Debatte verweisen. Ich bin aber auch gerne bereit, sie noch einmal zu wiederholen.

Nachfrage des Abgeordneten Degen:

Herr Kultusminister, ich erinnere mich an diese Plenardebatte sehr gut. Ich erinnere mich auch daran, dass ich in meiner Rede an Sie die Frage stellte, ob damit zu rechnen sei, dass in Zukunft Daten über den Unterrichtsausfall erhoben werden, und wann damit zu rechnen sei. Diese Fragen haben Sie in Ihrem Beitrag zu der Debatte nicht beantwortet. Deswegen frage ich jetzt nochmals: Ist damit zu rechnen, dass Daten zum Unterrichtsausfall auch von Ihrem Ministerium dargestellt werden, bzw. ab wann wird das der Fall sein?

Antwort der Landesregierung:

Herr Abg. Degen, auch daran arbeiten wir. Ich habe in diesem Debattenbeitrag ausführlich dargelegt, dass es zunächst ein-

mal darauf ankommt, dass wir eine gemeinsame Definition des Begriffs Unterrichtsausfall finden. Ich weiß, dass Herr Kollege Rudolph bzw. Herr Kollege Promny das letzte Mal eine sehr einfache Definition dazu abgegeben haben. (...) Es ist aber nicht so einfach, wenn man mit der Statistik wirklich etwas anfangen will. Es geht darum, was für ein Unterricht wie betroffen ist. Es geht ja immer nur um Vertretungsfälle. Was will ich an den Vertretungsregeln für den Unterricht ändern? Dafür muss ich eine Verständigung finden. Dabei kommt es uns vor allem auf die Verständigung mit den Schülerinnen und Schülern einerseits und mit den Eltern andererseits an. (...) Deswegen haben wir die Landeschülervertretung und den Landeselternbeirat zu entsprechenden Gesprächen eingeladen.



Nachfrage des Abgeordneten Degen:

Herr Kultusminister, ich freue mich, dass wir im nächsten Jahr damit rechnen können, dass Ihr Ministerium dann auch einmal definiert hat, was Unterrichtsausfall ist. Können wir dann analog zu Ihren Aussagen zu den Krankheitstagen der Lehrkräfte damit rechnen, dass eine erste Übersicht in dieser Wahlperiode noch vorliegen wird?

Antwort der Landesregierung:

Herr Abg. Degen, Sie werden es mir bestimmt nicht übelnehmen, wenn ich Ihnen sage: Auch dieses Thema möchte ich Ihnen im nächsten Landtagswahlkampf nicht mehr überlassen.

Parlamentarische Initiativen

KEINE MITTELKÜRZUNG FÜR INKLUSION AN GESAMTSCHULEN

Nachdem durch die Wiesbadener Gesamtschulen Kritik bezüglich einer Kürzung der Mittel für Inklusion geäußert wurde, haben wir zu dem Thema eine Kleine Anfrage gestellt. Gesamtschulen stemmen den größten Teil der inklusiven Beschulung, sodass die Kürzung nicht nachvollziehbar ist. Außerdem zeigt eine Anlage der Antwort auf unsere Kleine Anfrage, dass sich die Anzahl der inklusiv beschulten Schüler an Gesamtschulen kaum verändert hat. Zudem werden die Ressourcen zwar leicht erhöht, aber sonst nur zwischen den Schulformen umverteilt.

Unsere [Kleine Anfrage](#) zum Thema Inklusion an Gesamtschulen

GRUNDGESETZE FÜR JEDEN SCHÜLER

In einer Kleinen Anfrage berichtet der Kultusminister, dass seit 1971 an jeden Schüler Grundgesetze verteilt werden. Wir fordern, dass die Grundgesetze nicht einfach nur verteilt werden, sondern halten eine pädagogische Begleitung für sinnvoll.

Unsere [Kleine Anfrage](#) zum Thema Grundgesetze

AUSLÄNDISCHE ABSCHLÜSSE SCHNELLER ANERKENNEN

Noch immer werden manche ausländischen Abschlüsse nicht anerkannt oder es dauert sehr lang. Daher haben wir zu dem Thema eine Kleine Anfrage gestellt. Die Landesregierung sieht im Staatlichen Schulamt Darmstadt-Dieburg, das diese Aufgabe übernimmt, keinen Reformbedarf. Um zu gewährleisten, dass die Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen effizienter stattfindet, halten wir den Ausbau des zuständigen Personals für notwendig.

Unsere [Kleine Anfrage](#) zum Thema Ausländische Abschlüsse.

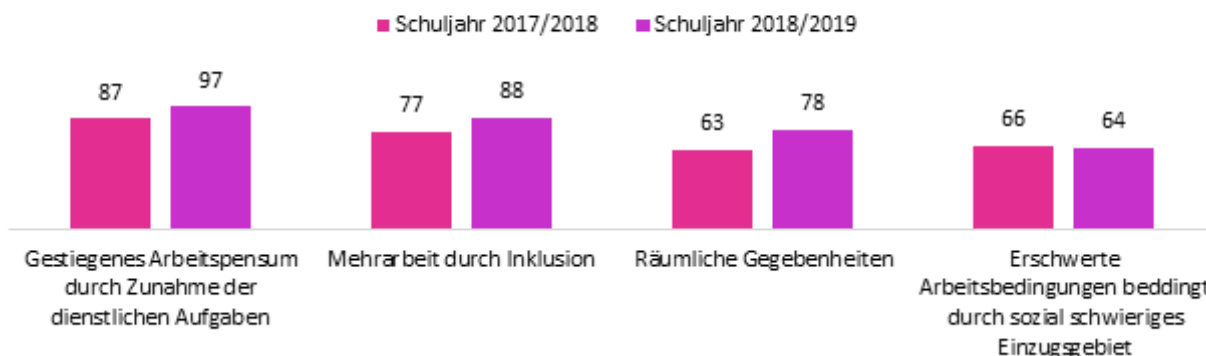
PÄDAGOGISCHES KONZEPT FÜR BESUCHE VON KZ-GEDENKSTÄTTEN

In der Antwort auf eine Kleine Anfrage zum Thema Besuche von Schulklassen in KZ-Gedenkstätten spricht sich die Landesregierung gegen die Verpflichtung aus. Wir sind der Meinung, dass es sehr wichtig ist eine Gedenkstätte zu besuchen, denn es gibt bald keine Zeitzeugen mehr. Wir fordern deshalb ein pädagogisches Konzept, das den Besuch einer Gedenkstätte vor- und nachbereitet und möglichst alle Klassen umfasst.

Unsere [Kleine Anfrage](#) zum Thema KZ-Gedenkstätten

ÜBERLASTUNGSANZEIGEN AN HESSISCHEN SCHULEN GESTIEGEN

Überlastungsanzeigen an Hessischen Schulen in den Schuljahren
2017/2018 und 2018/2019



In unseren Kleinen Anfragen 19/6566 und 20/945 haben wir die Zahlen der Überlastungsanzeigen durch Lehrer an hessischen Schulen in den Schuljahren 2017/2018 und 2018/2019 abgefragt.

Im Schuljahr 2017/2018 gab es 95 Überlastungsanzeigen; 2018/2019 waren es 104. Die Statistik zeigt welche Gründe für die Überlastungsanzeigen angegeben wurden.

LANDESREGIERUNG MUSS MEHR FÜR KINDERRECHTE TUN

Am 20. November wurde weltweit ein Kinderrechtstag gefeiert, da dieser Tag den 30. Jahrestag der UN-Kinderrechtskonvention darstellt. Die Hessische Landesregierung hatte bezüglich dieses Tages keine Feierlichkeiten geplant. Außerdem hat Prof. Dr. Katharina Gerarts, die im Sommer 2017 das Amt der Landesbeauftragten für Kinder- und Jugendrechte übernommen hatte, das Ehrenamt im Juni 2019 auf eigenen Wunsch aufgegeben.

Aktuell ist die Stelle immer noch unbesetzt. Eine Nachbesetzung sollte „zeitnah“ erfolgen. Dies zeigt uns unter anderem, dass die Kinderrechte in Hessen zu kurz kommen und wir fordern deshalb, dass die Landesregierung Kinderrechte weiter stärkt und sich mehr für diese einsetzt.

Unsere [Kleine Anfrage](#) zur Stärkung der Kinderrechte

Sanierung

LANDESREGIERUNG FEHLT ÜBERBLICK ÜBER DEN INVESTITIONSBEDARF

Am 12.12.19 wurde in der Plenarsitzung über das Thema Schulgebäudesanierung und Ausbau von Schulgebäuden diskutiert. Unter anderem aufgrund des Ausbaus der Ganztagsbetreuung kommen neue Ausgaben auf die Schulträger zu. Karin Hartmann: „Um in Hessen eine zukunftsfähige Bildungsinfrastruktur zu schaffen, werden einmalige Investitionszuschüsse für Schulträger nicht ausreichen.“ Wir fordern deshalb, dass sich die Landesregierung einen Überblick über den Investitionsbedarf für die Schulgebäude

in Hessen verschafft und die Schulträger stärker unterstützt.

[Video](#) zur Rede von Karin Hartmann (28:35)

[Pressemitteilung](#) zum Thema Investitionsbedarf in Schulgebäude

Im Gespräch

... MIT DER LANDESSCHÜLERVERTRETUNG

Am 12.12. fand ein Gespräch des AK Kultus mit den neu gewählten LandesschulsprecherInnen statt. Thema waren unter anderem psychische Gesundheit und Unterrichtsausfall. Außerdem wurde über die Petition „Fürsorgepflicht ernstnehmen- Neue Regeln für Unterricht bei großer Hitze“ der LSV gesprochen, die am 13.12 an die Vorsitzende des Petitionsausschusses Manuela Strube überreicht wurde.



v.l.n.r.: Paul Harder (LSV), Piet-Henrik Pohlmann (LSV), Christoph Degen, Manuela Strube, Marleen Appuhn (LSV), Turgut Yüksel, Karin Hartmann

FSJ im politischen Leben

Ich heiße Johanna und komme aus der Nähe von Marburg. Ich habe mich dafür entschieden nach dem Abitur ein FSJ im politischen Leben zu machen. Aktuell mache ich mein FSJ-P im Referat für Bildung, Wissenschaft und Kunst der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag. Weitere Informationen zum FSJ allgemein und zum Bewerbungsverfahren finden Sie [hier](#). Bei Fragen können Sie sich auch gerne per [E-Mail](#) an mich wenden.

IMPRESSUM:

SPD-Fraktion
im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden

Redaktion:

Christoph Gehring, V.i.S.d.P
Johanna Welk
Martina Häusel-David
Gerfried Zluga
Abgeordnetenportraits: Angelika Aschenbach /
SPD-Fraktion

Sie haben diesen Newsletter nur auf Umwegen erhalten
und möchten ihn direkt beziehen?
Schicken Sie uns einfach eine kurze [E-Mail](#).